

28.7.1917

Tschechische Ziele.

Fast ist es in unserem Abgeordnetenhaus nicht! Wer gewisse Unterhaltung beim Besuche einer Sitzung erwartet und lebhaftes Erörterung in den Blättern über das, was sich auch hinter den Kulissen des Sitzungssaales zuträgt, wünscht, kommt vollständig auf seine Rechnung. Solange das Haus nicht beisammen war, herrschte in der inneren Politik leidliche Ruhe. Jetzt geht es drunter und drüber. Man braucht dabei durchaus nicht an Herrn Burival allein zu denken. Auch andere Abgeordnete, ja, ganze Parteien sorgen nach besten Kräften dafür, daß es recht lebhaft zugeht, und sind eifrig bestrebt, gerade unseren Feinden zu zeigen, daß jene, die sich die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns als Kriegsziel gesteckt haben, die tatkräftigsten Förderer bei Politikern in unserem Abgeordnetenhaus finden. Herr Wilson ist von seinem ursprünglichen Plan, daß ein selbständiger tschechischer Staat errichtet werden muß, der sich einrichten mag, wie es den Herren Kramarsch, Klossac und Burival beliebt, unter dem Eindrucke der Kriegsergebnisse seit dem Eintritte Ausrufes in den Krieg wieder abgekommen. Er hat im Gegenteile feierlich erklärt, daß es ihm gar nicht einfallt, sich über die Frage, wie das zukünftige Oesterreich gestaltet werden soll, den Kopf zu zerbrechen. Er hält lediglich an der Formel des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ fest und läßt dabei die verschiedensten Deutungen zu. Auch der englische Minister, der sich in früheren Reden mit Vorliebe mit der Aufteilung Oesterreichs befaßte, ist jetzt ganz still geworden. Er leugnet nicht mehr die Möglichkeit, die Donaumonarchie in ihrem alten Umfange aufrecht zu erhalten. Er spricht nicht mehr — sehr zum Verdruß der kleinen Bundesgenossen Englands — von den Rechten Serbiens und Rumaniens auf österreichisch-ungarische Gebiete. Selbst die unerlösten italienischen Gebiete werden in englisch-französischen Ministerreden kaum mehr erwähnt. Um so lebhafter sind unsere slavischen Politiker im Abgeordnetenhaus. Da hat ein Herr Zahradnik in der letzten Sitzung gar das Wort von der „eigenen Souveränität“ des von ihm geforderten tschechischen Staates ausgesprochen. Natürlich nimmt Herr Zahradnik die Grenzlinien, die Herr Profesch einmal für den tschechischen Staat, der durchaus nicht ein Bestandteil der Donaumonarchie mit dem Habsburgerkaiser als gekröntem Könige an der Spitze gedacht ist, nicht um einen Kilometer zurück. Weit ins Ungarland hinein gehen die Wünsche der tschechischen Politiker und an den Grenzen gegen das Deutsche Reich kennen sie auch keinen Halt.

Früher wäre man geneigt gewesen, solche politische Forderungen lächelnd aufzunehmen, man hätte sie mit einem Achselzucken und den Worten: „Das ist ja nicht ernst zu nehmen,“ abgetan. Ueber Herrn Klossac hat man ja früher nur gelächelt, selbst von tschechischen Abgeordneten konnte man das Wort „Halbnarr“ hören, wenn von den diplomatischen Schritten des Herrn Klossac in Serbien oder in Rußland die Rede war. Man hat ja auch den Herrn Professor Masaryk einen Idealisten genannt, dessen politisches Streben nicht ernst zu nehmen sei, der von der Politik nichts versteht und für praktische Dinge kein Verständnis habe. Herr Masaryk hat gleich zu Kriegsbeginn gezeigt, welcher tüchtiger Praktiker er ist. Er muß eine große Freude an der Entwicklung der Dinge im österreichischen Abgeordnetenhaus haben. Er wird auch seiner Rolle, die er jetzt im feindlichen Ausland spielt, entsprechend, mit Eifer bemüht sein, Reden tschechischer Abgeordneter und „Zwischenfälle“, wie sie ein Burival hervorgerufen hat, in geeigneter Weise zu erklären, damit sie volles Verständnis bei Franzosen und Engländern und bei Herrn Wilson finden. Gerade der Präsident der nordamerikanischen Union wird sich gewiß gern belehren lassen und zur ursprünglichen Ansicht zurückkehren, die in dem Satze gipfelt: „Austria est belenda!“

Jetzt hat sich im Rahmen des Tschechenklubs gar eine neue Genossenschaft gebildet, die sich lediglich die Fortkürzung Oesterreichs zum Geschäftsziele setzt. Es hat viel Uneinigkeit im tschechischen Lager gegeben, jetzt geht man daran, die Einigkeit wiederum herzustellen. In welcher Richtung geschieht dies? Nur in der Durchsetzung der staatsrechtlichen Forderungen mit weitgehendstem Ziele. Je unverschämter die Forderungen sind, desto größer wird der Anhang des Politikers, der sie aufstellt. So ist jetzt Klossac, der Bevollmächtigte Minister König Peters zur Erforschung innerpolitischer und militärischer Verhältnisse in Oesterreich, den Herr Kramarsch vor dem Kriege gerne einen unverantwortlichen Schwächer nannte, gar Führer einer neuen tschechischen Partei geworden. Diese nennt sich „staatsrechtlicher Klub“ und umfaßt die Nationalsozialen des Herrn Klossac, dann die unabhängigen Fortschrittlichen, die im Juden Stranzlich ihren Führer sehen, und außerdem noch alle Jungtschechen. Die schönsten Erzellenzen, Männer, die einst über wichtige umfangreiche Verwaltungsgebiete unseres Staatswesens herrschten, sind diesem staatsrechtlichen Klub beigetreten. Als treibende Kraft vorläufig noch außerhalb des Abgeordnetenhauses ist Dr. Kramarsch an der Arbeit. Seitdem er in Freiheit gesetzt ist, läßt er jede Rücksicht fallen. Selbst nur gewohnt eine Führerrolle zu spielen, begibt er sich jetzt

mit all seinen Getreuen unter die Führung des Herrn Klossac. Das ist ein gar bemerkenswertes Zeichen dieser Zeit. Herr Burival, der in das Abgeordnetenhaus eingebrochen ist, um seinen Platz gegen jedes Recht einzunehmen, ist nur ein Schrittmacher des Doktor Kramarsch. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß im Abgeordnetenhaus eine große Mehrheit für die Ansicht findet, all die wegen Hochverrates und wegen des Verbrechens gegen die Wehrmacht des Reiches zum Tode oder zu schweren Kerkerstrafen verurteilten Abgeordneten slavischer Zunge hätten sofort wiederum ihren Sitz im Abgeordnetenhaus einzunehmen. Der feierliche Amnestieerlaß wird ja bei jenen, denen er galt, nicht als ein Gnadenakt empfunden. Kramarsch und Genossen sehen in der Kundmachung vom 3. Juli eine Verurteilung der Militärgerichte, nichts anderes. Tschechische Blätter haben ja auch geschrieben, daß durch den Gnadenakt nur ein kleiner Teil des Unrechtes, das an Herrn Kramarsch und Genossen verübt worden ist, gutgemacht wurde.

So wird jetzt allen Ernstes im Abgeordnetenhaus über die Frage, ob Kramarsch, Burival usw. wieder in den Besitz ihrer Mandate zu kommen haben, verhandelt werden. Man hat ja den Herrn Burival nicht beim Krage gepackt und hinausgeworfen, sondern mit ihm durch Vermittlung von Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses verhandelt. Man hat mit dem Tschechenklub verhandelt und so wird man jetzt weiter verhandeln und damit den Tschechen schon das Recht geben, daß eine Abstimmung, bei der sie mit Hilfe der Südslaven und Polen und für ihre Wünsche stets zugänglichen Sozialdemokraten die Mehrheit erhalten, die Entscheidung zu treffen hat und nicht das Recht, nicht das Staatsgrundgesetz. So sind wir auf dem besten Wege zum Ziele, das Herr Zahradnik in seiner letzten Rede so prächtig erklärt hat. —1.